

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

191 (12.7.1919) Erstes Blatt

Verkaufspreis
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monatlich
1,80 M., vierteljährlich
5,20 M., an den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1,50 M.
Auswärts durch die Post
frei ins Haus gebracht vier-
teljährlich 5,80 M., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Verlag: Schöffer-Poeschl
und Co. KG
Mitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
die erste Spalte
10 Pf., die zweite
8 Pf., die dritte
6 Pf., die vierte
4 Pf., die fünfte
3 Pf., die sechste
2 Pf., die siebte
1 Pf., die achte
1 Pf., die neunte
1 Pf., die zehnte
1 Pf., die elfte
1 Pf., die zwölfte
1 Pf., die dreizehnte
1 Pf., die vierzehnte
1 Pf., die fünfzehnte
1 Pf., die sechzehnte
1 Pf., die siebzehnte
1 Pf., die achtzehnte
1 Pf., die neunzehnte
1 Pf., die zwanzigste
1 Pf., die einundzwanzigste
1 Pf., die zweiundzwanzigste
1 Pf., die dreiundzwanzigste
1 Pf., die vierundzwanzigste
1 Pf., die fünfundzwanzigste
1 Pf., die sechsundzwanzigste
1 Pf., die siebenundzwanzigste
1 Pf., die achtundzwanzigste
1 Pf., die neunundzwanzigste
1 Pf., die dreißigste

Chefredakteur: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Deutschland: Carl Gessner; für Österreich: Paul Rühmann. Druck und Verlag: C. B. Müller & Co. KG, Karlsruhe, Kaiserstraße 1. Telefon 1234. Telegramm: 123456. Postamt: 123456. Abonnement: 123456. Einzelnummer: 10 Pf.

116. Jahrg. Nr. 191. Samstag, den 12. Juli 1919. Erstes Blatt.

Verhärterung der Krise.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns geschrieben:
Während der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ist zweimal eine sehr berechtigte und sehr beherzigenswerte Selbstkritik geübt worden. Einmal mahnte der Präsident energisch vor den überfülligen Programm- und Effektivreden mit besonderem Hinweis auf die Justizdebatten am Donnerstag, die allerdings kaum Neues und Beachtenswertes zutage gefördert hatten. Daß seine Worte viel helfen würden, glaubt auch er nicht. Ist das Thema, das auf der Tagesordnung stand, nämlich die sog. verfassungsmäßigen Grundrechte jedes Deutschen, doch gerade von der Zentrumspartei eifrig behandelt worden.

Größten Eindruck machte es dann aber, als auch der jetzige Staatskommissar, frühere Minister und erster Urheber des Verfassungsentwurfs, Dr. Preuß, die fatale Erinnerung an den Frankfurter Paulskirche heraufbeschwor, die nicht zuletzt an dem Programm der Grundrechte gescheitert ist. Dr. Preuß hat dringend, das positive Verfassungswort nicht durch Grundrechte zu belasten, deren Tragweite sich nicht übersehen lasse und die in jedem Fall die zweifelhafte Grundlage von Parteikompromissen sein würden.

Außer dem Zentrum haben alle Parteiredner das auch ein. Besonders klar entwickelten das der demokratische Abg. Koch-Cassel und Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei. Für den unabhängigen Herrn Cohn andererseits sind natürlich auch die weitgehenden Vorschläge des Ausschusses noch lange nicht radikal genug. Die Beratung wurde dann unterbrochen und zunächst werden die Fraktionen sich über ihre weitere Stellung zu der Frage schlüssig werden. Man darf annehmen, daß die Warnung von Dr. Preuß weiter wirkt.

Vorher war gestern die nachstehende Kritik an den schiefen Erinnerungsbriefmarken an die Nationalversammlung zu Wort gekommen. In die Schuld müssen sich die Reihe namhafter Künstler und die kunstverständigen Abgeordneten, die die Jury gebildet haben, teilen. Vielleicht darf man aus dieser neuen Erfahrung den alten Schluß ziehen, daß die Verhärterung von Kunst und Politik selten erfolgreich ist. Diese Briefmarkenfrage löste in dem Hause nur ziemliche Heiterkeit aus.

Wiel erörtert wird natürlich hinter den Kulissen die scheidende Ministerkrisis besprochen. Die Sozialdemokraten wollen Herrn Wissell, in dem sie einen ihrer besten Parteimänner sehen, nicht gehen lassen. Andererseits ist das Kabinett und sind auch die Mehrheiten des Zentrums und der Demokratie gegen seine Planwirtschaft. Jetzt ist daher das Kompromissangebot, das Herr Wissell stellt, aber ein anderes Portefeuille erhält. Wahrscheinlich wird er mit dem Reichsarbeitsminister Schiele tauschen. Damit wäre nach mancher Ansicht der Eintritt der Demokraten in die Regierung wieder mit in den Vordergrund der Erörterungen gerückt. Der neugewählte Vorsitzende der Fraktion, Schiffer, ist zwar ein markanter Gegner der Wissellschen Planwirtschaft, aber, wie man hört, doch nicht so sehr der Person Wissells. Eine weitere Klärung in dieser Hinsicht sollte der demnächstige Parteitag der demokratischen Partei bringen, der dann auch schon zu dem Programm des neuen Ministerpräsidenten Bauer Stellung nehmen könnte.

Im Laufe des Nachmittags hat sich nun aber die Gesamtkrise infolge des zutage getretenen klaren Gegensatzes zwischen Zentrum und Sozialdemokratie wegen der Grundrechte weitestgehend verhärtet, so daß sie sehr schnell aus dem scheidenden in das akute Stadium treten kann. Das Zentrum, das wegen der Schulfrage der Sozialdemokratie noch immer trotz aller künftigen und auch aller angeleglichen Kompromisse schroff gegenübersteht, sieht seine gesamten kirchlichen und Schulrechte, sowie seine Auffassung in dieser Hinsicht gefährdet, wenn sie nicht durch die Grundrechte mitgeschützt werden, weil natürlich gerade die Sozialdemokraten die freie Zukunftsentwicklung in Kulturfragen unumgänglich durch die Verfassung einschränken lassen wollen, und die bürgerlichen Parteien, vor allem die Demokraten, haben die auch von Dr. Preuß betonten sachlichen und politischen Bedenken. Das Zentrum hat bereits seiner Verhärterung in einer Fraktionsbesprechung einen sehr kräftigen Ausdruck gegeben und läßt geschildert Gerüchte über eine mögliche Trennung von der Sozialdemokratie trotz der vielfachen Ueber-einstimmung in sozialer und wirtschaftspolitischer Beziehung in Umlauf setzen.

Natürlich kann es sich auch um ein mehr taktisches Vorgehen handeln, um nach dem ersten heftigen Widerstand für schließliche Nachgiebigkeit andere wertvolle positive Gewinne einzutauschen. In der Zentrumsfraktion ist auf jeden Fall die Empörung über das Verhalten der Sozialdemokratie sehr stark und tritt sehr hervor. Da auf der anderen Seite unter den Demokraten auch weiterhin Bedenken bestehen, mit der Sozialdemokratie allein ein Kabinett

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)
Weimar, 11. Juli.
Eröffnung der Sitzung um 9.40 Uhr vormittags. Das Haus erledigt zuerst eine Reihe von Anfragen. Hierauf wird die Beratung des Verfassungsentwurfs fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil: Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen. Artikel 107 besagt: Die Grundrechte und Grundpflichten bilden die Nichtkur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtsprechung für das Reich und dessen Länder.

Abg. Heinze (D. V.) legt die schwersten Bedenken dar, die vom Standpunkt des Juristen und Politikers gegen die Aufnahme von umfangreichen Grundrechten in die Verfassung zu erheben seien. Abg. Koch-Cassel (Dem.): Die uns vorliegenden Grundrechte sind nicht ein wenig in die Zukunft schauendes Werk, sondern Kompromisse auf beiden Parteien. Ein interfraktionelles Parteiprogramm mit allen Schwächen und Unklarheiten. Man sollte sich nun denkwürdigen beschränken auf das, was jetzt darin steht, nicht noch neues hineinbringen.

Reichskommissar Dr. Preuß: Da Artikel 107 eigentlich nur Klarheit zu schaffen, so wäre vielleicht zu erwägen, ihn zu streichen. Die Regierung nimmt jedenfalls allen Anträgen auf Erweiterung der Grundrechte gegenüber eine ablehnende Stellung ein. Andererseits sollte uns das Beispiel der Frankfurter Paulskirche warnen, die nicht zuletzt an dem Problem der Grundrechte scheiterte. Sollte eine Verfassungsdiskussion über die Grundrechte unmöglich sein, so bitte ich sie zunächst zurückzustellen.

Abg. Dr. Beyerle (N. R.): Ich möchte die Grundrechte in der Verfassung nicht missen. Der konstitutive Teil der Verfassung reicht nicht aus. Zu vermeiden ist, daß ein Mißbrauch von Parteiprogrammen entsteht. Ich bitte Sie, die Grundrechte mit Wohlwollen aufzunehmen und ihnen die Annahme zu sichern.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Der vorliegende Entwurf der Grundrechte macht einen uneinheitlichen Eindruck. Sein Wert geht nicht so weit, wie der Abg. Beyerle annimmt. Er übersteht auch, daß die ersten sieben Absätze des Verfassungsentwurfs durchaus nicht konstitutiv sind. Wir schließen uns den Vorschlägen des Reichskommissars Dr. Preuß an.

Abg. Cohn (D. V.): Die hier abotenen Grundrechte sind eigentlich die von 1848. Wirkliche Grundrechte müssen mehr bieten als abstrakte Rechte oder doch in einer Form, die eine künstliche Entwidlung bedeutet. Abg. Gausmann (Dem.) beantragt, die Verfassungsdiskussion abzugeben. Eine von der Regierung angebotene Antragsurkunde wurde von der Regierung wohlwollend aufgenommen und die dritte Partei hat sie beinahe in einem Antrag bemaßigt. Damit ist für die einzelnen Parteien eine Lage geschaffen, an der sie Stellung nehmen müssen. Das Haus beschließt demgemäß. Nächste Sitzung Samstag 9 1/2 Uhr. Bericht der Geschäftsordnungs- und der Wahlprüfungskommission. Gelesen über Anrechnung der Militärrenten. Siedelungsanstalt. Kleine Vorlage. Schluß 12 1/2 Uhr.

Die Ueberreichung der Ratifizierung.

(Eigener Wochenbericht.)
Verfaßtes, 11. Juli. (Wolff.) Herr v. Lersner überreichte gestern vormittags um 11 Uhr Oberst Gench die offizielle Ratifikation der Ratifizierung des Friedensvertrages durch das Parlament. Oberst Gench brachte das Dokument, unterzeichnet auf das Ministerium des Innern. Nachmittags überreichte Herr v. Lersner Oberst Gench eine weitere Note für den Minister des Auswärtigen, in welcher er um möglichen rasche Aufhebung der Blockade und um Freilassung der deutschen Gefangenen ersucht.

Die deutsche Note.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 11. Juli. (Wolff.) Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Legationsrat Frhr. v. Lersner, übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau am 10. Juli folgende Note:
Ew. Excellenz beehre ich mich hiermit im Auftrage der deutschen Regierung mitzuteilen, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde an dem 28. Juni d. J. unterzeichneten Friedensvertrage und den dazu gehörigen Protokollen und der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Reichslande nach erfolgter Zustimmung der Reichsversammlung hat. Die Ratifikationsurkunde ist mit besonderem Eifer nach Versailles abgegangen und wird nach ihrem Eintreffen alsbald überreicht werden. Die deutsche Regierung sieht nunmehr einer Mitteilung über die Aufhebung der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland verhängten Blockade Maßnahmen entgegen. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die Demobilisierung der deutschen Kriegsgesangenen unverzüglich in die Wege geleitet wird, und bittet, ihr auch hierüber baldmöglichst eine Nachricht zugehen zu lassen.

Aufhebung der Blockade.

(Eigener Drahtbericht.)
London, 11. Juli. Das neutrale Bureau erfährt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland in dem Augenblick aufgehoben wird, indem die Dokumente über die Ratifizierung des Friedensvertrages den a. und a. Mächten in Paris formell zugegangen sind. Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat keinen Zusammenhang mit dem Abbruch von Friedensverträgen mit den anderen kriegführenden Mächten. Die Aufhebung der Blockade wird namentlich zur Folge haben, daß auch die Handelsbeschränkungen aufgehoben werden.

Liquidation des Niederländischen Ueberseetrusts.

(Eigener Drahtbericht.)
Sana, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Heute geht eine Erklärung der niederländischen Regierung an die alliierten Mächte ab, in der sie sich damit einverstanden erklärt, daß die holländischen Abmachungen mit den assoziierten Mächten bei der Aufhebung der Blockade automatisch außer Kraft tritt.

Wilson über die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)
Amsterdam, 11. Juli. (Wolff.) Laut einer Neutermelung aus Washington meinte Präsident Wilson in einer Unterredung mit Pressevertretern, er sei der Ansicht, daß die assoziierten Mächte so bald wie möglich den Handel mit Deutschland wieder aufnehmen sollten, um die Rehabilitation zu gestalten.

Verhandlungen über Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen mit Italien.

(Eigener Drahtbericht.)
6. Berlin, 11. Juli. Ueber die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Italien fanden dieser Tage in München Besprechungen statt. Es soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche Handelsabteilung und in Berlin eine italienische Handelsabteilung bei den diplomatischen Vertretungen errichtet werde.

Der Handelsverkehr mit dem Ausland.

(Eigener Drahtbericht.)
6. Rotterdam, 11. Juli. Bis Mittwoch abend waren bei Lloyd's 24 enalische Schiffe für die Reise nach deutschen Häfen angemeldet.

Die Zerteilung deutsch-österreichischer Verkehrsmitel.

(Eigener Drahtbericht.)
St. Germain, 11. Juli. (Wolff.) Staatskanzler Dr. Renner ließ dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen, in der gegen die Verteilung der deutsch-österreichischen Bahnhöfe durch die Friedensbedingungen Einspruch erhoben wird. Geradezu grotesk sei die Verteilung der östlichen und nördlichen Linien. Diefem zerteilten Eisenbahnwesen würden durch die Friedensbedingungen zum Teil unerträgliche Verpflichtungen auferlegt. Weiter weudet sich die Note dagegen, daß nach den Friedensbedingungen der Schiffsverkehr der deutsch-österreichischen Schiffsahrtsgesellschaften und ihre Anlagen aufgeteilt und gegen Entschädigung aufgelöst werden sollen. Das Verhältnis der Gebiete der früheren Monarchie untereinander könnte dagegen nur durch einen Ausgleich unter Leitung der Großmächte rationell geordnet werden.

Die Ueberreichung des österreichischen Vertrages Anfang nächster Woche?

(Eigener Drahtbericht.)
c. Paris, 11. Juli. (Savoy.) Herr Lardieu hielt heute als Vorsitzender der zentralen Gebietskommission im Fünfterat Vortrag über die von der Kommission getroffenen Beschlüsse, welche vermutlich im ganzen ausgehen werden. Die Uebergabe des Vertrages an die österreichischen Delegierten findet voraussichtlich am kommenden Dienstag oder Mittwoch statt.

Das Programm des neuen tschechischen Ministeriums.

(Eigener Drahtbericht.)
Prag, 11. Juli. (Wolff.) In der Nationalversammlung hielt Ministerpräsident Tuzar seine Programmrede. Ueber die innere Politik sagte der Ministerpräsident, daß für das Zusammenleben mit den nationalen Minderheiten die Prinzipien der Demokratie Geltung haben sollen, die für alle Bürger des Staates Gleichheit vor dem Gesetze bedeuten. Zur Ernährungsfrage bemerkte der Ministerpräsident, das Getreide solle weiter staatlich bewirtschaftet werden. Die Regierung wolle dem Wunsch von Handelsverträgen, besonders Aufmerkbarkeit widmen. Der Organisation der Produktion will die Regierung größte Aufmerksamkeit schenken unter Berücksichtigung der Kräfte des Sozialismus und der Ideale des arbeitenden Volkes, wobei sie sich aber bemüht sei, daß der Produktionsmechanismus keine gewaltigen Eingriffe vertrage.

Ungarn gegen Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)
Budapest, 11. Juli. Auf die Rolle des Staatssekretärs Dr. Bauer, die die Abberufung des Wiener ungarischen Gesandten Dr. Gabel auf ausdrücklichen Wunsch der Entente veranlaßt hat, wird die ungarische Regierung damit antwortend, daß sie überreicht hat, die Abberufung des deutsch-österreichischen Gesandten in Budapest Baron Knobloch unter dem Vorwand verlanen wird, er habe die Einreise von ungarischen Staatsbürgern nach Deutsch-Oesterreich erwidert. Bela Kun ist entschlossen, Gabel nicht abberufen, sondern es nötigenfalls auf einen Konflikt ankommen zu lassen. Die Truppenkontingente an der deutsch-österreichischen Grenze dauern fort. Die aus der Slowakei zurückgezogenen Truppen wurden sämtlich nach der Gebirgsregion abgedacht.

Die Volksabstimmung über Ostgalizien.

Das Polen wird uns geschrieben:
Nach langem Bögern hat sich die Entente zu einer Entscheidung in Ostgalizien entschlossen. Der von allen feindlichen Parteien ausserliche Sekretär der Pariser Diktatoren, Dattalo, hat der polnischen Delegation unter Führung Dmowski im Beisein des polnischen Ministerpräsidenten Raberinski mitgeteilt, daß die der polnischen Volksabstimmung tragende Erlaubnis für Polen, Ostgalizien vorläufig militärisch zu besetzen, durchaus keine vorläufige Entscheidung über das Schicksal Ostgaliziens bedeute. Vielmehr werde über Ostgalizien eine Volksabstimmung stattfinden, bei der Polen, Ukrainer, Juden u. Deutsche, fargum alle in dem Gebiet wohnenden Landesangehörigen abstimmen werden, zu welchem Staat sie gehören wollen. Bis zum Zeitpunkt der Abstimmung, mit der nach etwa einjähriger Frist zu rechnen sein wird, soll das ganze ostgalizische Gebiet von Truppen der Entente besetzt werden. Man nimmt an, daß auch hier amerikanische Truppen in Frage kommen werden.

Damit ist über Ostgalizien die von den Polen so lang befürchtete Entscheidung zugunsten der Forderung der Ukrainer gefallen. Gaben diese in den in Betracht kommenden Gebieten — die Westgalizien des Abstimmungsgebietes ist noch nicht bekannt — auch nicht überall die absolute Mehrheit, so sind sie doch offensichtlich der stärksten Bevölkerung Ostgaliziens. Man kann man ungefähr das Verhältnis der ukrainischen zu der polnischen und andersnationalen (russischen, deutschen, magyarischen und rumänischen) Bevölkerung wie 4 zu 3 annehmen. Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Volksabstimmung über Ostgalizien noch einen Ausgleich zugunsten der Ukrainer ergeben wird, denn es ist nicht anzunehmen, daß irgendwo nennenswerte Teile der andersnationalen Bevölkerung sich zugunsten der Polen aussprechen werden, da man deren alle fremden Nationalitäten (darf annehmenden hypernationalistischen Standpunkt) noch bis in die letzten Tage kennen gelernt hat.

Die Pariser polnische Delegation, wie sie jetzt nach der offiziellen Auflösung des polnischen Nationalkomitees in Paris heißt, beginnt damit zu erörtern, was sie gefiel hat. Die Frucht ihrer Bemühungen, die sich ausschließlich auf eine Expansion Polens nach dem Westen richteten, beginnt zu reifen. Man verhandelt in Polen und in Krakau über die Bildung eines polnischen Bundesstaates, weil weder die galizischen noch die ehemals preussischen Landesteile Polen und Westpreußen gewonnen sind, sich unter die minderwertigen politischen und wirtschaftlichen Methoden einer unfähigen Barchauer Zentralregierung zu beugen. Die Angleichung kulturell höherer Gebiete bringt somit vom ersten Augenblick an den neuen polnischen Staat härteste Widerstände und Demungen. Durch die Schwierigkeiten, die hieraus erwachsen, gegungen, hat Polen große Teile seiner in Ostgalizien stehenden Armee an seine Westgrenze verziehen müssen. Hierdurch wurde der nentliche unangenehme ukrainische Vormarsch in Ostgalizien möglich.

Und nun hat die Entente die Konsequenzen gezogen. Man hat die Ostgalizien einzutreten. Die nentliche Niederlage der polnischen Truppen bei Brod hat zu der Entscheidung der Entente zugunsten einer Volksabstimmung sicher nicht wenig beigetragen. Aber Herr Dmowski hatte nun einmal zu spät sich der wichtigen östlichen Interessen Polens erinnert, als er sehr stark seine ganze Politik bis in die allerletzten Tage unter dem Gesichtspunkte, die östlichen Fragen seien für Polen so lange ein „Noli me tangere“, wie er sich nicht mit dem nentreichenden Rußland friedlich auseinanderzusetzen könne. Dmowski ist ein Mann des dantlawitischen Flügels der Nationaldemokraten. Er kann nicht aus seiner Haut heraus, und Polen wird es für Jahrzehnte büßen müssen, daß es in seinem wichtigsten historischen Augenblick durch den einseitigen Deutschentfessler Dmowski vertreten war, der aus seinem Kopf gegen Deutschland heraus jede sich bietende Gelegenheit vorbegeben ließ, für Polens wichtigsten Fragenkomplex einzutreten, wie er sich in der Schaffung von bäuerlichem Kolonialland an der polnischen Ostgrenze ergab.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Von Seiten der Fakultät bereits in den Preussischen Jahrbüchern (Juliheft 1918) hingewiesen worden ist...

Die Fakultät sieht sich übrigens genötigt, namentlich das ganze zur Beurteilung des Falles erforderliche Material zu veröffentlichen.

Die neue badische Fürsorgeerziehung.

Am 15. Juli wird die neue badische Fürsorgeerziehung, die vom Samstag im Sommer vorigen Jahres das Gesetz auf eine neue und breitere Grundlage gestellt worden ist...

Aus den Parteien.

Aus der Deutschen Demokratischen Partei.

Einer Meldung aus Weimar zufolge wurde der Abgeordnete Schiffer zum ersten Vorsitzenden der demokratischen Fraktion der Deutschen Nationalversammlung...

Aus Baden.

Die badische Reichswehrbrigade.

Die uns am 10. d. M. aus Karlsruhe mitgeteilte Nachricht, dass die badische Regierung ihre Zustimmung erklärt hat...

Sonntagsruhe in Amts- und Landstädten.

Man schreibt uns: Auf dem Lande wird über die Einführung der völligen Sonntagsruhe in den Amts- und Landstädten die Schließung der Ladengeschäfte...

Aus der Mannheimer Stadterwaltung.

Mannheim, 11. Juli. Das Ortsstatut über die Zusammenfassung des Stadtrates wird nach einem Beschluss in der jüngsten Sitzung des Stadtrates geändert.

beten Stadträte können nach dem Gesetz nur auf die Wahlzeit der übrigen Stadträte (von jetzt bis November 1922) berufen werden.

Mannheim, 11. Juli. Am kommenden Montag wird die französische Besatzung in Ludwigschafen eine Siegesfeier veranstalten.

Seibelsberg, 11. Juli. Am Freitag früh passierte der erste große Heimkehrzug aus dem südwestdeutschen Landwehrinfanterie-Regiment 121...

Rosenberg bei Weiskirchen, 11. Juli. Bei einem Gewitter wurde der 28-jährige Landwirt Adolf Schneider vom Blitz getötet.

Karlsruhe, 11. Juli. Die städtische Umlage wird von 38 Pfa. auf 48 Pfa. erhöht werden müssen.

Baden-Baden, 11. Juli. Die erste Sitzung des Stadterordneten-Kollegiums nach den Neuwahlen fand unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Fieser im großen Rathsaal statt.

Kreisburg, 11. Juli. Die Postenbeschlagnahme in einem Keller einer archaischen Lebkücherei...

Emmendingen, 11. Juli. In dem folgenden schweren Verbrechen ist verurteilt...

Emmendingen, 11. Juli. Aus verschiedenen Orten des Kaiserstuhls wird berichtet, dass die Weinberge...

Aus dem Stadtkreise.

Rührt die Trommel!

Es wird uns geschrieben: Es nach den herumgewogenen Böden der ersten Revolutionszeit...

Diese Erfahrung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen...

halten werden kann. Andernfalls muß mit vollständiger Einstellung der Gaslieferung...

Die Zweipostanstalt 4 (Marienstr. 26/28) wird am 16. d. Mts. wieder eröffnet.

Die Oberbürgermeisterwahl ist nach einem Beschluss des Stadtrates auf Mittwoch, den 23. Juli...

Die Hausammlung zum Feste der in Rina notleidenden deutschen Frauen und Kinder...

Sauptversammlung des Vereins Karlsruher Hotelbesitzer und verwandter Betriebe (e. V.). In der am 10. Juli 1919 abgehaltenen...

Das Koncertprogramm zur Johannisfeier des hiesigen Buchdruckerverbandes am heutigen Samstag...

Stadtkarotten. Heute Samstag, abends um 7 1/2 bis 11 Uhr...

Colosseum. Das Gastspiel Blaskheim mit dem dreijährigen Waisenkind...

Rehens-Theater Waldstraße bringt heute ein neues Schauspiel...

Standesbuch-Auszüge.

Geburten. 10. Juli: Bruno Zimmermann von hier, Professor in Mannheim...

Todesfälle. 9. Juli: Kath. Seiler, alt 51 Jahre, Ehefrau von Wido Seiler...

Verheiratung. Samstag, 12. Juli: Katharina Seiler, Bremerstr. 47...

Letzte Nachrichten.

Einmalige Festschulage.

Berlin, 11. Juli. (Wolff.) Nachdem der Reichsernährungsminister...

Gefährdungen.

Halle a. S., 11. Juli. Die „Salleische Zeitung“ erörtert von amerikanischer Seite...

Die Unabhängigen gegen die Polen. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 11. Juli.

Berlin, 11. Juli. Nach einer Meldung der „Z. am Mittag“...

haben. Selbstverständlich sei, daß alle Parteigenossen ihre Stimmen für das Deutschtum abgeben müssen.

Der Vorkämpferposten in London.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 11. Juli. Die „Wolff. Bl.“ schreibt: Entgegen anders lautenden Nachrichten...

Die Amerikaner gegen die Agitation für die rheinische Republik. (Eigener Drahtbericht.)

Coblenz, 11. Juli. Die amerikanischen Behörden haben erneut eine Agitation für die rheinische Republik...

Opfer von Scapa Flow. (Eigener Bericht.) Berlin, 11. Juli. (Wolff.) Wie verlautet, hat ein aus Scapa Flow...

Zur Neubildung der sächsischen Regierung. (Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 11. Juli. (Wolff.) Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammer...

Das Mißgeschick der finnischen Freiwilligenkorps. (Eigener Drahtbericht.)

Helsingfors, 11. Juli. (Wolff.) Die Katastrophe der finnischen Freiwilligenkorps...

Die Entente gegen Sowjetrußland. (Eigener Drahtbericht.)

Amsterd., 10. Juli. Laut Professor Rado hat der Rat der Fini den Plan...

Aus dem Saal. 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Hollands Rieuwe Bureau...

Aus dem Wirtschaftsleben.

Zur Einfuhr von Margarine.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen Margarine zu behandeln ist...

Die Vorschriften wegen der äußeren Bezeichnung der Packstücke...

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Wer die Natur liebt und sich eines schätzbaren Naturgutes erfreuen will...

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc.

beseitigen wir mittels unseren unibertroffenen Vertilgungsmitteln.

D.V.G.U. Anton Springer

Karlsruhe Ettlingerstr. 51 Tel. 2340.

